

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelehrten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4grd. Zeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910.

III.

Lohnbewegungen, Streiks und Erfolge.

Das Berichtsjahr, charakterisiert vom Standpunkte der Lohnbewegungen aus, trägt ein viel entscheidendes Gepräge, wie das vorausgegangene. Für manche Verbände war es überhaupt eines der beweglichsten seit deren Bestehen. Nur das Jahr 1906 mit dem die normalen Verhältnisse verschleierten Vergarbeiterstreik hatte eine größere Zahl von an Lohnbewegungen Beteiligten aufzuweisen. Die Steigerung der Beteiligung erklärt sich natürlich mit aus der Zunahme der Mitgliederzahl. Aber ersichtlicher Weise nur zu geringem Teil. Ausschlaggebend ist einerseits, daß die Verbände der großindustriellen Gewerbe aus ihrer Reserve hervorzutreten begannen, andererseits aber, daß ein Teil der Verbände für die handwerksmäßigen Berufe nahezu die Hälfte bis zu zwei Drittel ihrer Mitgliedschaft in Bewegung vermidelt haben.

In der Textilindustrie insbesondere benutzten die Arbeiter die vielfach, wenn auch in verschiedenem Grade, bemerkbare Belebung der Geschäftslage mit Erfolg zur Ausmerzung der ihnen in den Krisenjahren aufgezwungenen Verschlechterungen. Im Wonnauer Bezirk zog der Ausstand von 100 Spinnern am Anfang des Jahres die allgemeine Ausperrung von 6-7000 Textilarbeitern nach sich. Die Bewegung nahm einen für die Arbeiter verhältnismäßig günstigen Ausgang. Im Bamberger Gebiet gewann der Verband, ebenso wie der sozialdemokratische, eine Anzahl früherer „Geißeln“, die es ablehnten, die ihnen zugeschriebene jämmerliche Rolle weiterzuspielen. Auf die grundsätzlich wichtigen Auseinandersetzungen in der Metallindustrie ist im allgemeinen Teil des Berichtes Bezug genommen. Der christliche Metallarbeiterverband war mit mehreren Hundert Mitgliedern zu Ausgang des Jahres auch an dem Streik in der Porzellanindustrie beteiligt. Dieser Kampf verdient Beachtung wegen des grundsätzlichen Verhaltens der sozialdemokratischen Parteileitung, die zu gleicher Zeit in dieselben Eingaben vor den Arbeitgeber gerabede in Höflichkeit ersah und auf dem Vauh rutschte und in Versammlungen die Waffen mit dem größten Radikalismus fanatisierte. Der Kampf ging verloren.

Den Löwenanteil von den Bewegungen beanspruchte aber die Tarifbewegung in den handwerksmäßigen Berufen. Vor allem im Baugewerbe. Der beste Beweis dafür, wie sehr die baugewerbliche Bewegung das ganze Gewerksleben in seinen Tiefen ausgemöhlt, ist die Tatsache, daß die Erscheinungen des Kampfes und seine Lehren für alle Beteiligten, d. h. für die gesamte Volkswirtschaft, noch heute der Gegenstand leidenschaftlicher Diskussion bilden. Der Kampf war von den beteiligten Arbeitgeberverbänden als Kraftprobe gedacht.

Die baugewerblichen Arbeitgeberverbände wollten ihre Überlegenheit gegenüber den betr. Gewerkschaften mit einem kühnen Schlage demonstrieren, um dadurch die Tarifpolitik dauernd in ihrem Sinne zu beeinflussen. Deshalb das heisse Bemühen in den vorausgegangenen Jahren, den Ablaufstermin aller Verträge einheitlich festzusetzen und die ganze Vertragsschließung zu zentralisieren. Die Kraftprobe ist mißlungen. Zwar ist eine weitere Zentralisierung des Vertragswesens eingetreten; aber die Grundlage bilden nach wie vor Ortsverträge, die nur rechtlich zu einem Hauptvertrag verbunden und einem Zentralratsgericht unterstellt sind. Nach zweimonatelangem Kampf hatte sich die Situation so zugunsten der Arbeiter verschoben, daß außer deren prinzipiellen Forderungen noch ein bedeutender materieller Erfolg zu verzeichnen war.

Auch in den dem Baugewerbe verwandten Gewerben nahm die Tarifbewegung einen für die Arbeiter günstigen Verlauf. Im Holzgewerbe ersah das Schwergewicht indes erst auf das laufende Jahr. Dagegen traf das Berichtsjahr das Malergewerbe mitten in der größten Bewegung, die es bislang gesehen. Zwar galt der 16. Januar als offizieller Zeitpunkt für das Inkrafttreten des bereits im November 1909 unter Mitwirkung un-

parteilicher entworfenen Reichsttarifs, der von der Majorität der Organisationsmitglieder im Arbeitgeber- und Arbeiterlager angenommen wurde. Aber die Unzufriedenheit in beiden Lagern machten immer wieder erneutes Zusammentreten der Tarifinstanzen und Bewegungen zur Durchführung des Tarifes in den verschiedensten Orten erforderlich. Der sozialdemokratische Verband mußte sich sogar einer aus dem eigenen Lager hervorgehenden Hamburger Konkurrenzorganisation erwehren, die nur unter Mithilfe der sozialdemokratischen Parteileitung und unter geradezu demütigenden Bedingungen für den alten Zentralverband zum Wiederanschluß bewegen werden konnte. In den Haupttarifinstanzen ist der christliche Verband vertreten; ebenso in mehreren Bau- und in 34 Ortsratinstanzen durch 68 Delegierte. In 57 Wohngebieten, die vom Reichsttarif erfaßt wurden, ist der Verband mit durchschnittlich 2704 dort beschäftigten Mitgliedern vertreten. Diesen ermächtigt in der Vertragszeit (15. 1. 1910 bis 15. 2. 1913) eine Lohnaufbesserung von 636 000 M. oder pro Kopf 238 M.

Ebenso nennt der Lederarbeiterverband das Berichtsjahr das belebteste seit der Gründung. Eine größere Ausperrung fand in Zuttlingen statt, während zwei weitere in Birmensdorf und Glevie im letzten Moment abgewandt werden konnten. In allen Fällen war der Erfolg auf Seiten der Arbeiter.

Eine spezialisierte Gegenüberstellung der Bewegung im Berichtsjahre und in dem vorausgegangenen wird wesentlich auch in diesem Jahre wieder durch die Gestaltung der Dinge im Baugewerbe beeinflusst. Die Zahl der Bewegungen nahm erheblich, jene der Beteiligten aber noch weit mehr zu und erreichte, wie gesagt, seit 1906 ihren höchsten Stand. Die Bewegungen nahmen von 706 bis auf 961 oder um ein starkes Drittel zu, die Beteiligtenziffer aber stieg von 28 946 auf 73 112 oder um 46 166 = 172%. Immerhin war der prozentuale Anteil der friedlich verlaufenden Bewegungen mit 661 = 69%, noch um eine Kleinigkeit größer wie im Vorjahre (471 = 67%), wohingegen die Beteiligtenziffer mit 50 746 (gegen 19 938) absolut betrachtet zwar wesentlich stieg, verhältnismäßig aber mit 69% (gegen 74%) etwas hinter der des Vorjahres zurückblieb. Die friedliche Verständigung wiegt sonach auch in 1910 wieder über. Uebrigens ein ganz natürliches Ergebnis aus der Erwägung, daß auf beiden Seiten die Kräfte im händigen Wachsen begriffen sind und damit auch das Risiko und die Gefahren großer Bewegungen. Zudem spielt in Deutschland, dem Lande mit einer mehr als dreißigjährigen sozialpolitischen Einwirkung auf die weitesten Volksteile, die öffentliche Meinung eine verhältnismäßig große Rolle, die die an den gewerblichen Auseinandersetzungen Beteiligten im eigenen Interesse bei ihren Skatulationen vielfach in Rechnung legen.

Eine Gegenüberstellung der nicht friedlich verlaufenen Bewegungen läßt auf beiden Seiten die Angriffslust wiederum etwas gesteigert erscheinen — die Ausperrung im Baugewerbe natürlich außer acht gelassen. Auch dadurch dokumentiert sich die Auffassung von einer Belebung des gewerblichen Marktes. Die baugewerbliche Ausperrung hängt damit wegen ihres mehr grundsätzlichen Charakters nur lose zusammen. Wir erhalten folgendes Gesamtbild:

| | Anzahl | | Beteil. Personen | |
|----------------|--------|------|------------------|--------|
| | 1906 | 1910 | 1906 | 1910 |
| Angriffstreiks | 112 | 182 | 2686 | 4756 |
| Abwehrstreiks | 74 | 55 | 1772 | 1454 |
| Ausperrungen | 49 | 53 | 2552 | 16 156 |

Charakteristisch ist insbesondere der Rückgang und fast verschwindende Anteil der Abwehrstreiks, dessen Hauptkontingent auf die Metallindustrie entfällt, während im Vorjahre Textilindustrie und Baugewerbe den Hauptanteil gestellt hatten. In der großen Steigerung der Angriffstreiks und der Zahl der daran beteiligten Personen tritt der wirtschaftliche Kampfcharakter des Berichtsjahres deutlich hervor; in diesen Zahlen spiegelt sich das Streben der organisierten Arbeiter wieder, die Verluste während der wirtschaftlichen Krise mit dem Eintritt einer besseren Geschäftslage weit zu machen. Verhältnismäßig sind die meisten Angriffstreiks in den handwerksmäßigen Berufen zu verzeichnen, was mit den fortgeschrittenen Organisationsverhältnissen und der damit bedingten größeren Reichhaltigkeit der Arbeiterschaft zu erklären ist. In der Textilindustrie ist mit der Inzidenz-

zung eines Streiks auch stets eine viel größere Verantwortung im Hinblick auf die Konsequenzen verbunden und dieser Verantwortung sind sich die Arbeiterführer — wenigstens im christlichen Lager — vollaus bewußt. Aus der wesentlich häufigeren Offensive der Arbeiter resultiert auch die Steigerung der Zahl der Ausgesperrten, von denen der Löwenanteil auf die Bauarbeiter entfällt. Ein Vergleich der Zahlen betreff Ursachen der Streiks und Ausperrungen zeigt, daß der schon im Vorjahre deutlich bemerkbare Übergang der Arbeiter von der Abwehr zum Angriff nicht nur angehalten, sondern sich ganz rapid beschleunigt hat. Streiks und Ausperrungen entstanden wegen:

| | Anzahl der Fälle | |
|------------------------------------|------------------|------|
| | 1906 | 1910 |
| Forderungen höheren Lohnes | 70 | 117 |
| Forderungen verkürzter Arbeitszeit | 2 | 3 |
| Weiden Forderungen zusammen | 53 | 89 |
| Abwehr von Verschlechterungen | 89 | 54 |
| Sonstigen Ursachen | 21 | 27 |

Auffallend und für die Situation bezeichnend ist hier zunächst die gewaltige Steigerung bei 1 und 3, nicht minder der rapide Rückgang in der Abwehr von Verschlechterungen, was sich übrigens mit der Abnahme der Abwehrstreiks deckt. Bemerkenswert ist, daß die Textilarbeiter bei 28 Offenstrebungen nur in zwei Fällen eine Verkürzung der Arbeitszeit forderten, während in dem tariflich fortgeschrittenen Baugewerbe in 14 von 23 Forderungen und bei den Holzarbeitern in 35 von 57 Forderungen eine Verkürzung der Arbeitszeit angefordert wird. Der Ausweg der Streiks und Ausperrungen ist ein erneuter Beleg für die Erfolge der Gewerkschaftsarbeit. Es ergibt sich:

| | erfolgreich | | teilw. erfolgr. | | erfolglos | |
|----------------|-------------|------|-----------------|------|-----------|------|
| | 1906 | 1910 | 1906 | 1910 | 1906 | 1910 |
| Angriffstreiks | 48 | 70 | 32 | 85 | 30 | 18 |
| Abwehrstreiks | 25 | 23 | 22 | 17 | 27 | 15 |
| Ausperrungen | 18 | 18 | 25 | 25 | 5 | 9 |

Die Zahl der erfolglosen Streiks hat demnach wesentlich abgenommen, die der teilweisen und ganz erfolgreichen aber gewaltig zugenommen. Das ist es, was der praktischen Gewerkschaftsarbeit des vergangenen Jahres den Stempel aufdrückt.

Daraus ist ersichtlich, daß im ganzen 254 Bewegungen von den christlichen Verbänden allein, 978 mit anderen Organisationen gemeinsam geführt wurden. Die Mehrzahl der beteiligten Arbeiter war in 330 Fällen christlich organisiert. Der häufig den christlichen Gewerkschaften gemachte Vorwurf, daß sie nur notgedrungen und aus Konkurrenzrücksichten in Lohnbewegungen einträten, wird damit am besten widerlegt.

Die materiellen Erfolge der gewerkschaftlichen Tätigkeit kommen sehr deutlich in den Fortschritten auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens zum Ausdruck. Im vergangenen Jahre wurden von christlichen Berufsverbänden insgesamt 463 Tarifverträge abgeschlossen, gegenüber 188 im Jahre vorher. Die Zahl der Tarife, an denen die christlichen Gewerkschaften am Jahreschluss überhaupt beteiligt waren, stieg von 785 auf 937. Eine Anzahl dieser Verträge, so im Maler- und Baugewerbe, sind Bestandteile der jeweiligen Reichsttarife. Die materiellen Erfolge der vorhin geschilderten Arbeit lassen sich nicht vollständig systemmäßig erfassen. Soweit dieses möglich ist, kommen sie in nebenstehender Zusammenstellung zum Ausdruck.

In diesen Zahlen sind, wie gesagt, nicht alle Erfolge enthalten. Abwehr von angeblühenden Verschlechterungen, Verbesserungen der gesundheitlichen Zustände, prinzipielle Erfolge auf dem Gebiete der Arbeiterrechte u. d. können statistisch erfasst werden. Und hier haben die christlichen Gewerkschaften nicht minder rühmlich und erfolgreich gearbeitet. Der Metallarbeiterverband berichtet über eine ganze Anzahl solcher Erfolge, die er erzielt hat. So Abwehr von Abfällen von 5-10%, Aufschlag für Ueberstunden von 25-50%, Bezahlung von Feiertagen, vorherige Vereinbarung der Werkpreise, Stellen von Hilfsarbeitern, Einhaltung der Pausen, Einrichtung von Ventilation, Einführung von Arbeitsausschüssen, Wieder-einstellung gemäßigter Arbeitskollegen, bessere Behandlung seitens der Vorgesetzten, Verbesserung der Arbeitsordnung usw. Bemerkenswert ist in einem Falle die Einführung der achtstündigen Schicht für Stocher, dann die Bezahlung bei militärischen Übungen und

R Kontrollversammlungen, sowie mehrere Fälle, wo der Samstag-Nachmittag freigegeben wurde. In einem Falle wurden den Arbeitern jährlich drei bis sechs Tage Urlaub bewilligt.

Die Arbeit des Gutenbergbundes für die Tarifgemeinschaft hat darin Ausdruck, daß von 20 Firmen durch Mitglieder oder Funktionäre des Gutenbergbundes die schriftliche Anerkennung des Tarifs erreicht wurde. Maßregelungsunterstützung wurde in Höhe von 481,50 Mk. an solche Mitglieder gezahlt, welche für die Ein- und Durchführung des Tarifs eintreten und hierbei ihrer Stellung verlustig gingen.

Der Bericht der Tabakarbeiter erwähnt, daß in 14 Fällen für 485 Mitglieder besseres Material erlegt wurde; für 38 Mitglieder wurde eine Verschlechterung der Lohnverhältnisse mit Erfolg abgewendet und in einem Falle die Wiedereinstellung eines gemäßigten Arbeiters durchgesetzt.

Der Reichsverband deutscher Kellner-Localvereine setzte bei einer Bewegung eine Erhöhung der Löhne für Ausschiffspersonal durch, 20 Mitglieder erhielten infolgedessen 3 Mk. mehr pro Tag; 18 Prinzipale wurden zur Anerkennung des Schiffs-Arbeitsnachweises veranlaßt und ferner gelang es dem Verband, sieben gemäßigtere Mitglieder wieder in ihre alten Stellungen zu bringen. — Ueber die erfolgreiche Tätigkeit der christlich-nationalen Staatsarbeiterverbände könnte an dieser Stelle sehr vieles berichtet werden; wir beschränken uns darauf, auf die diesbezüglich fortlaufenden Berichte im Zentralblatt hinzuweisen.

Die neue Reichsversicherungsordnung.

Unfallversicherung.

Auch diese Versicherung ist erweitert worden. Die von manchen Seiten angestrebte Einbeziehung des gesamten Gewerbes und des Handels wurde nicht erreicht. Bei der Schaffung des Gesetzes 1883 wurden in der Hauptsache nur die in der Industrie und beim Eisenbahnbetrieb beschäftigten Personen der Unfallversicherung unterstellt. Durch das Ausdehnungsgesetz 1885 wurden die großen Transportbetriebe und einige Gewerbebetriebe, ein Jahr später die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen miteinbezogen. 1887 kamen die Bauarbeiter, sodann die Seeleute zur Versicherung. Durch die Novelle 1890 wurde das ganze Schloffer-, Schmiede- und Fleischergewerbe der Unfallversicherung unterworfen. Durch die Reichsversicherungsordnung werden neu einbezogen: in der Hauptsache alle Handelsbetriebe, die nicht Kleinbetriebe sind. Es kommen namentlich in Betracht die Personen, die mit der Handhabung und Behandlung von Waren betraut sind. Als die Handelsangestellten mit Ausnahme des Bureaupersonals. In mehreren Korrespondenzen wurde mitgeteilt, daß der Reichstag die Errichtung einer besonderen Berufsgenossenschaft für den Detailhandel beschlossen habe. Das ist nicht richtig. Der Reichstag hat vielmehr lediglich § 560, in welchem die der Unfallversicherung unterliegenden Gewerbegruppen aufgeführt sind, beschlossen, für das Handelsgewerbe, das bisher zu den Betrieben der Gruppe 10 gehörte, eine besondere Gruppe, Nr. 11, zu bilden. Zu dieser Gruppe gehören aber sowohl der Groß- wie der Kleinhandel, soweit diese beiden Geschäftszweige der Versicherungspflicht unterliegen.

Zur Versicherung kommen sodann: Das Deloatourgewerbe, die Badanstalten, der gewerbmäßige Reintier- und Stallhaltungsbetrieb. Chauffeurs und Luftschiffer werden gleichfalls der Unfallversicherung unterstellt. Die Gewerbebetriebe, die sich auf Tiefbauarbeiten erstrecken, werden in Zukunft ihrem ganzen Umfange nach versichert, während zur Zeit grundsätzlich nur die bei den Tiefbauarbeiten selbst beschäftigten Personen der Versicherung unterliegen. Das Personal der Apotheken, der Steinzeilenergiebetriebe, der Binnenschiffer, Fischweide und der Leichenschaff, sodann die bei der Eisgewinnung beschäftigten Personen werden entsprechend den Beschlüssen des Reichstags nunmehr ebenfalls versichert.

Im Reichstag wurde darüber hinaus verlangt, es sollten alle Arbeiter, jedenfalls aber die in allen gewerblichen Kleinbetrieben der Versicherung unterworfen werden. Dagegen wurde insbesondere von Regierungsseite entschiedener Einspruch erhoben, namentlich auch mit dem Hinweis auf die Invalidenversicherung. Alle Unfälle des täglichen Lebens zu versichern, sei ganz unmöglich; die Kleinbetriebe könnten nicht einbezogen werden, mit Rücksicht auf deren unermesslichen Belastung. Mit Ausnahme der vorhin bezeichneten Gewerbe sind also auch künftig nur die in Fabriken beschäftigten Personen unfallversichert. Als Fabrike gelten Betriebe, die gewerbmäßig Gegenstände bearbeiten oder verarbeiten und hierzu mindestens 10 Arbeiter regelmäßig beschäftigten. Weiter auch solche Betriebe, die nicht bloß vorübergehend Dampfessel oder von elementarer oder tierischer Kraft bewegte Triebwerke verwenden.

In den nach § 560 der Versicherung unterliegenden Betrieben sind gegen Betriebsunfälle versichert: Arbeiter, Schiffer, Gesellen und Lehrlinge; sodann Betriebsbeamte, Werkmeister, Lehnhüter, deren Jahresgehalt 5000 Mark nicht übersteigt; bisher 3000 Mark. Die hier genannten Personen sind also zwangsweise versichert, wenn sie in den bezeichneten Betrieben beschäftigt sind.

Es können aber auch selbständige Unternehmer der Versicherung unterworfen werden, wenn ihr Jahresverdienst 3000 Mark nicht übersteigt, oder wenn sie regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen. Versicherungen frei sind Beamte, die mit festem Gehalt und Anspruch auf Ruhegehalt in Betrieben des Staates oder der Gemeinden angestellt sind.

Die Leistungen der Unfallversicherung bewegen sich in den bisherigen Grenzen. Es wird Ersatz geleistet

für Schäden, die durch Körperverletzung oder Erblindung entstehen. Bei Verletzung sind vom Beginn der 14. Woche an zu gewähren: freie ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei und anderen Heilmitteln, sowie mit den Hilfsmitteln, die erforderlich sind, um den Erfolg des Heilverfahrens zu sichern; sodann eine Rente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit. Die Rente beträgt bei völliger Erwerbsunfähigkeit zwei Drittel des berechneten Jahresarbeitsverdienstes; bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Teilrente. Von den Interessenten ist ferner schon eine Erhöhung der Rente auf drei Viertel des Verdienstes und höher erwünscht worden. Ein diesbezüglicher Antrag in der Kommission wurde jedoch entschieden bekämpft. Es wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß im Falle der Gewährung des ganzen Arbeitsverdienstes als Entschädigung die Selbstversicherung einen größeren Umfang annehmen könnte. Wenn nur die von den Arbeitgebern verschuldeten Unfälle entschädigt werden könnten, dann könnte man diese Forderung erfüllen. Es würden aber alle Unfälle entschädigt, auch die von den Arbeitern selbstverschuldeten. Das bringe große Kosten, die von den Arbeitgebern allein getragen werden müßten, da die Arbeiter zu der Unfallversicherung keine Beiträge bezahlen. Der betreffende Antrag wurde deshalb mit großer Mehrheit abgelehnt.

Eine lange Debatte gab es über den § 582 der Regierungsverordnung, der den Berufsgenossenschaften gestatten sollte, die kleinen Renten bis zu 20 Prozent der Vollrente auf Zeit zu bewilligen. Von gewissen Seiten wird längst eine Befreiung dieser kleinen Renten angestrebt; der genannte § wäre der erste Schritt zum Ziele gewesen. Die Versicherten hätten nach Ablauf der Zeitrente eine neue Feststellung der Rente in aller Umständlichkeit verlangen müssen und wären wohl in den wenigsten Fällen wieder zu ihren „Schwarzrenten“ gelangt. Der Paragraphe wurde deshalb vom Reichstag gestrichen.

Es soll hier nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen werden: es werden nur Unfälle im Betrieb oder solche bei einer Betriebsarbeit entschädigt, nicht etwa auch Unfälle des täglichen Lebens, die liberal und allen passieren können, Unfälle auf dem Wege zur Arbeit werden nur in ganz besonderen Fällen als entschädigungspflichtig erachtet. Es wurde in der Kommission der Versuch gemacht, dies zu ändern. Das gelang nicht. Von Regierungsseite wendete man ein, daß dann z. B. auch Versicherte, die auf dem Wege zur Arbeit ein Wirtschaftshaus besuchten, dort über die Schwelle fielen und sich verletzten, entschädigt werden müßten. Man solle die Entscheidung dieser Fälle dem Reichsversicherungsamt überlassen, das bisher schon bei betreffenden Gesetzesbestimmungen den Versicherten gegenüber günstig ausgelegt habe. Dabei blieb es.

Die internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden.

II.

Den Menschen ihre schlimmsten Feinde vorzuführen, die an ihrer Gesundheit, sowohl Leiblicher wie geistiger, zehren, das erfüllt die internationale Hygiene-Ausstellung in vorzüglicher Weise. In populärer, großartiger, und auch wieder bis ins Detail gehender Art läßt sie die schlimmsten Volkskrankheiten an unserem Auge Revue passieren. Zugleich auch, wie ehemals und heute die Menschen in hartem Kampfe mit diesen und die Oberhand in wechselnden Erfolgen ringen. Auch wie finstere Aberglaube und Kurfischer die schlimmsten Folgen nicht nur nicht verbessern, sondern noch bedeutend vermehren. Lange Reihen Tabellen zeigen uns Auf- und Abstieg in ununterbrochener Reihenfolge. Zu konstatieren ist jedoch, daß unsere Zeit die Kurde nach unten brüht, somit die Sterblichkeit im Abnehmen begriffen ist. Gewiß erwartet uns alle einmal der Tod, es kommt nur auf die unter Beobachtung aller hygienischer Maßregeln mögliche Verlängerung des Lebens an.

Und auch da gibt es wieder große Unterschiede, je nach dem Stande der Kultur eines Landes und seiner Bemühungen um die Volksgesundheit. Rußland hat gemäß der Ausstellung einen hochinteressanten Bau geschaffen, der auch innen, d. h. mit dem, was darin aufgestellt ist, nicht enttäuscht. Im Gegenteil. Das ist etwas ganz anderes, was man sich unter Rußland gemeinhin vorstellt. Wenn trotzdem dieses Land mit der Krankheits- und Sterblichkeitsziffer obenan steht, so ist es jedenfalls keine unzureichende Annahme, daß man schließlich eine Ausstellung unter Zuhilfenahme einiger Witterungsanhalten gut herauskaffieren kann, ohne damit einen Schlag auf die wahren sanitären Zustände eines Landes allgemein zuzulassen.

In der ersten Kinderabteilung stellt der Bürger Tod sich als ein lächerlicher Gast ein. Als ob ihm seine Opfer in diesem Alter am liebsten wären. 1/3 des weiblichen und 1/3 des männlichen Geschlechtes taubt er in Deutschland im ersten Lebensjahre dahin, um dann die Kurde in rascher Folge nach unten gleiten zu lassen. Säuglings-, Kinder- und Mutterschickung flingt da in unseren Ohren. Wohl sagen uns die Tabellen, daß die Säuglingssterblichkeit im Rückgange begriffen ist. Aber auch, daß sie unter den ärmern Klassen weit mehr Opfer fordert, wie unter den bessergestellten, daß auch noch ein weitaus mehr Unterschied hinzutritt, je nachdem die arme Mutter in einem gesundheitsgefährdlichen Beruf tätig sein muß. Um so dankenswerter ist es, daß dem Kinderstübchen ein breiter Raum gewährt ist, der sich nicht mit der gesundheitsgefährlichen Behandlung der jungen Lebewesen begnügt, sondern eine umfassende Ergänzung in den verschiedensten Abteilungen, wie der Ernährung, Kleidung, Schule, Fürsorge für Schwachgebigte, Krüppel, Blinde und Taubstumme, Sport usw. gefunden hat.

Die Infektionskrankheiten, in ihrer furchtbaren Grausamkeit, nehmen wohl den größten Teil der Ausstellung dieser Art ein. Die schrecklichsten von ihnen, Cholera und Pest, sind ja Gott sei Dank bei und heute

sehr seltene Gäste. Seitdem die Cholera in den neunziger Jahren in Hamburg gewütet, ist sie nur in einzelnen aus dem Auslande hereingeschleppten Fällen aufgetreten. Mit aller Strenge und Umsicht hat uns unsere amtliche Gesundheitspflege vor diesen Gefahren der Menschheit bewahrt. Die im Vorjahre in der Mandchurien ausgebrochene Pest ist jetzt noch nicht vollständig erloschen, in weiten asiatischen, besonders und auch afrikanischen Gebieten ist sie ein beständiger Gast, und fordert alljährlich Tausende und Abertausende von Menschen. Uns beunruhigen als die meisten und gefährlichsten Infektionskrankheiten Diphtherie, Scharlach, Tuberculose und Typhus. Hier tritt uns so deutlich der hohe Stand der deutschen Hygiene und seiner ärztlichen und medizinischen Wissenschaft heraus. Auf dem Gebiete der Heilserforschung ist Deutschland anderen Ländern weit voraus. Mit seiner umfassenden Bekämpfung infektionserkrankter Menschen hat es anderen Ländern ein leuchtendes Beispiel gegeben, wie uns das z. B. in der brasilianischen Abteilung in der Bekämpfung der Malaria und Seisucht in hervorragendem Maße begegnet. Die Männer Koch, Behring u. a. sind uns bekannt; ersterer wegen seiner Tuberculoseforschungen, letzterer von seinem Diphtherieheiler. Kochs Verdienst ist mit einem reichen Lorbeerzweig geschmückt und wohlrich mit Recht. Nicht nur Deutschland kennt diesen Wohlthäter der Menschheit. Die Tropenabteilung zeigt ihn uns unter armen schlafkranken Negern in voller Tätigkeit. Seitdem er den Verbreiter der furchtbaren Scharlachkrankheit in Gestalt einer Sumpfpflanze erndet und wirksame Mittel dagegen erfunden, ist diese in starkem Rückgange begriffen.

Daß wir nun plötzlich in Asien angelangt sind, zeigt uns die ungeheure Mannigfaltigkeit der Ausstellung. Daher ist sie auch nur in kurzen Strichen zu kennzeichnen.

Seitdem unsere modernen Städte mit Kanalisation versehen, durch Entwässerung ein niedrigerer Stand, wasserhalt erreicht, gesunde Trinkwasserhältnisse geschaffen, sowie durch Schutzimpfungen vorbeugend gerichtet wurde, sind die Infektionskrankheiten erheblich zurückgegangen. Noch besser könnte es sein, wenn die Menschen eine bessere hygienische Kenntnis besäßen und sich einer wirklich gesundheitsfördernden Lebensweise befleißigten. Denn die öffentliche Gesundheitspflege kann auch nur bis zu einem bestimmten Grade gelangen.

An diesem Ziele sollten alle arbeiten. Besonders aber auch unsere Industrie, die durch ihre Entwicklung so manche Gesundheitsgefahren hervorgerufen, die zum Teil geradezu schrecklich wirken. In der Abteilung Beruf und Arbeit, und auch in der populären Halle, werden uns die Gefahren der Berufsarbeit vor Augen geführt. Besonders die Gefahren der Gemischen Industrie, der Holz- und Metallhütten, und anderer schwebelastiger Betriebe. In vorzüglicher Schärfe werden uns die hervorgerufenen Entzündungen der Haut, Nichten, Störungen, Knochenveränderungen und weit schlimmeres illustriert. Es wird uns auch gesagt, wie dagegen aufzukommen ist. Besonders die schwebelastigen Betrieben sind eine bemerkenswerte Aufmerksamkeit, der mit dem Fortschritt unserer Industrie in Staubauslaugungs- und Verdünnungsanlagen zusammenhängen dürfte, die hier ihr Können zur Schau stellt. Es ist ja auch, wie uns an Säcken gezeigt, ein erheblicher Teil Staub, den wir vertilgen müssen. Denken wir nur an den Bergmann und an die Steinhauer und Schleifer. Bei beiden letzten besonders gefährlich, da durch die starken Staubeinwirkungen inneren Veränderungen geschaffen werden, die Krankheitsherde bilden können.

Von der Wiege bis zum Grabe führt uns die Hygiene-Ausstellung. Sangesbergs Zug des Todes fehlt nicht. Daß auch uns einmal Freundes Heer lästet, das wissen wir. Es gilt jedoch die höchstmögliche Lebensdauer zu erreichen. Und darum kommt es darauf an, uns nicht nur an Präparaten, Apparaten, Vorrichtungen und flüchtigen Anweisungen zu zeigen, wie man den verkannten, sondern daß das alles in die Praxis umgesetzt wird. Das muß die Quintessenz der Ausstellung sein, darauf kommt es an.

Wehr soziales Verständnis.

Allen Kollegen, die in Sobabewegungen oder Lottbewegungen als Mitglieder der Kommission tätig waren, ist der Einwand von Seiten der Prinzipale nicht fremd: „Die Schülern wären so wenig leistungsfähig und darum könnte von höheren Löhnen nicht gesprochen werden.“ Ganz gewiß hat dieser Einwand eine gewisse Berechtigung, wenn er auch in dieser Verallgemeinerung nicht zutrifft. Aber angenommen es wäre so, so dürfte doch für die Herrn Prinzipale die logische Schlussfolgerung die sein, erwäge dann zu trachten, diesem Mangel abzuheben. Denn bis dato liegt die Ausbildung der Lehrlinge in der Hand der Prinzipale. Auch haben sich die Meister ganz entschieden dagegen gewehrt, als Fortbildungen auszufragen, den Lehrling ganz der Ausbildung durch die Meister zu entziehen und ihn nur in Fachschulen heranzubilden. Ganz mit Recht.

Wenn aber die Prinzipale selbst hervorheben, es sei sehr schlecht mit der Ausbildung der Gehilfen bestellt, so gibt man damit doch zu, daß das bisherige System Mängel aufgewiesen hat. Und ein derartiger Mangel bestand sicherlich darin, daß der Lehrling nur gerade das lernte, was in der betreffenden Werkstatt vor kam. Auch nur die Materialien usw. kennen lernte, die dort gerade gebraucht wurden. Und das war manchmal bitter wenig. Es fand also eine sehr einseitige Ausbildung statt. Die dem Hebelstand hat man nun abgeholfen, indem durch Einführung von Fachfortbildungsschulen. Es konnte nun nicht ausbleiben, daß durch den Besuch dieser Schulen, der Lehrling soviel weniger auf der Werkstatt tätig sein konnte. Doch dieses D. h. ist hoben die Meister davon auf, indem sie die Lehrgzeit von 3 auf 3 1/2 oder 4 Jahren verlängerten. Jetzt sollte man meinen, die Meister müßten

die noch verbleibenden Unbequemlichkeiten genau im Interesse des Nachwachses tragen. Gewiss gibt es viele, die einsichtig genug sind und sich mit der Verbesserung der Dinge abfinden. Ja manche geben noch den Jungen die Lehrmittel gratis geben usw. Doch gibt es leider auch eine ganze Reihe, die leider nur widerwillig oder gar direkt ablehnend sich diesen Bestrebungen gegenüber verhalten.

Es dürfte jedenfalls für die Kollegen interessant sein, die Ansichten dieser letzteren Gruppe kennen zu lernen. Und da soll im nachstehenden die Erfahrungen geschildert werden, die bei Unterbringung von Lehrlingen gesammelt habe.

Mein erster Versuch galt einem sogenannten Kunstbinder. Die Bedingungen, unter denen dieser Herr einen Lehrling anstellen wollte, waren folgende: Das erste Jahr 10 Stunden, das zweite 2 und das dritte Jahr 8. Die Zeit, die durch Besuch der Fortbildungsschule und die Zeit, während der Junge nur 6 Stunden täglich arbeiten dürfte, muß nachgeholt werden. Der zweite Versuch galt einem mittleren Betrieb. Der Herr lehnte die Einstellung von Lehrlingen ab, wegen der Fortbildungsschule. Und er behauptete, sehr viele seiner Kollegen würden keine Lehrlinge mehr einstellen. Auf meinen Einwand, die Zeit für den Besuch der Fortbildungsschule würde ja durch die längere Lehrzeit ausgeglichen, erwiderte mir der Herr, der Zeitverluft wäre es nicht allein. In den Schulen bekämen die Jungen allerschwersten in den Kopf gelehrt, die wollten dann mehr können und wissen, wie sie selbst. Der dritte Versuch galt ebenfalls ab, weil sie in ihrem Betrieb nur bessere Arbeiter machten und sie sich mit der Ausbildung von Lehrlingen nicht aufhalten könnten. Ein vierter Versuch galt der Fortbildungsschule, welche auch hier nicht. Auf meine bescheidene Frage, ob der Herr denn nicht vielleicht einen Meister anstellen könnte, der einen Lehrling einstellen würde, bekam ich die Antwort, er kümmerte sich nicht um seine Kollegen, er hätte sein gutes Geschäft und um weiteres sorgte er nicht. Und so habe ich denn noch manchen Gang tun müssen, ehe ich meinen Schutzbefohlenen untergebracht habe. Denn wie schon oben gesagt, alle denken nicht so. Aber leider noch recht viele. Immer tritt einem das leidige „Ja“ entgegen. Habe „ich“ irgendwie Schäden und wenn er noch so geringfügig ist, ist durchschlagend. Von irgend welchem Pflichtgefühl gegen seinen Nebenmenschen besonders gegen das Gewerbe, von dem man doch lebt, kaum eine Spur. Es wird nach langer und mühseliger Arbeit bedürfen, Wandel zu schaffen.

Allgemeine Rundschau.

Die Spaltung der Arbeiterschaft in verschiedene Organisationsformen, wurde von dem Führer der Arbeiterbewegung, in einem Vortragsartikel zum 8. Kongress der sog. Gewerkschaften, wie folgt behandelt: „Über auch der letzte Arbeiter muß endlich begriffen, daß, wie die Unternehmer nicht die Arbeit begehren, sich wegen ihrer religiösen oder politischen Ansichten zu spalten, sondern einander, ob Katholik oder Protestant, Jude oder Heide, konservativ, liberal oder demokratisch denkend, sich in einer Verbandsorganisation vereinigen, der Arbeiter noch viel weniger sich den Luxus einer solchen Spaltung der beruflichen Organisationsformen erlauben darf. Mit Recht jubeln die Unternehmer und alle Gegner der modernen Arbeiterorganisationen über dieses seitwärtsgerichtete Treiben der Arbeiter, wenn sie sich auch hüten, diesen Jubel öffentlich zu zeigen.“

Nur die volle Einigkeit und Einheit der Arbeiterklasse in der gewerkschaftlichen Organisation verhilft und vor allen Dingen erleichtert ihr ihre Siege und erschwert Niederlagen.“

Wem ist die Spaltung anzuschreiben? Einzig und allein den sogenannten „freien“ Gewerkschaften, die sich einseitig der politischen Sozialdemokratie verschrieben haben, die nicht nur eine Arbeiterkassenpartei darstellen, sondern auch auf Grundanschauungen basieren und ethische und kulturelle Ziele verfolgen, die in bitterstem Gegensatz zu den religiösen und nationalen Idealen der christlichen Arbeiterschaft stehen.

Wie die „Möglichkeit“ der Einheit im „freien“ Gewerkschaftslager verdrängt wird, zeigt uns ein Verbandsorganisationsbericht aus Düsseldorf in Nr. 29

Die Graphische Presse

das Organ des sog. organisierten Lithographen und Steindruckers.

Die Arbeiter sollen sich das Nachwort (gemeint ist die W.D. D. A.) einmal näher ansehen und es wird ihnen klar, welche Klasse Furcht die Arbeiter den herrschenden (und ihrer beider) herrschenden, die Arbeiter eingestrichelt haben. Die vordringende Arbeiterkraft muß mit Gewalt zurückgehalten werden. Das ist das Ergebnis der im Sinne der Junter und Pfaffen gehaltenen Reform. Gerade die W.D. D. A. und das Zentrum machte hier wieder den Versuch und verkaufte die Arbeiterinteressen um seine Regierungsgewinn, um Herrschaft von Geld und Ruhe. Die beiden Bundesgenossen sind die schämmsten Feinde der Arbeiterbewegung. Darum raus mit diesen bösen Ratschlägern aus dem Reichstag. Die Anwesenden konnten dem Referenten durch starken Beifall (es waren also damit sehr zufrieden) D. A.)

Diese Ausführungen vom Redakteur der sozialdemokratischen „Düsseldorfer Volkszeitung“ betrafen die Möglichkeit einer gewerkschaftlichen Einheitsorganisation, die in den Namen der „freien“ Gewerkschaften. Nicht nur die Arbeiter, sondern die gesamte „freie“ Gewerkschaftsbewegung wird dadurch in die Irre geführt, und die Arbeiter, die in diesem Sozialdemokraten zu erziehen Terrorismus in den Betrieben durch die Genossen ein.

Aber trotzdem hat man immer und immer wieder die Stimme von der Möglichkeit des Zusammenflusses aller Arbeiter in den „freien“ Gewerkschaften zu fesseln. Der Hinweis auf die Einigkeit der Arbeiter ist doch zu plump und nur für Schwachsinnlige empfänglich. Würden in den Arbeitgeberorganisationen, wie bei den sozialdemokratischen Interessen einer Partei verfolgt, so wäre die Spaltung genau wie im Arbeiterlager eine unüberlegbare Last.

Die christlichen Gewerkschaften sind durch die trafen Neutralitätsverletzungen in politischer und religiöser Hinsicht durch die „freien“ Gewerkschaften zur Notwendigkeit geworden. Sie vertreten die berufswirtschaftlichen Interessen der Lohnarbeiter und lassen die religiöse und nationale Überzeugung ihrer Mitglieder unangefastet, sie respektieren sie vielmehr.

Eine neue Sonderorganisation für Tapeten-Drucker ist am 1. Oktober 1910 in Erscheinung getreten. Bekanntlich haben die im sozialdemokratischen „Gewerkschaftsverband“ organisierten Tapeten- und Wachstuchdrucker schon lange gegen die hohen Beiträge opponiert. Ihr Antrag auf Einführung von Staffelnbeiträgen wurde von der letzten Generalversammlung des „Gewerkschaftsbundes“ abgelehnt und schließlich beschlossen, daß sich die Tapeten-Drucker dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband anschließen sollten. Diesem Beschluß sind eine Anzahl Drucker nicht nachgekommen, sondern haben unter dem Namen „Verband der Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumdrucker Deutschlands“, Sitz Berlin, eine Sonderorganisation gegründet. Dieser neugegründete Verband verfuhr durch Zirkulare und Flugblätter die in Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumfabriken beschäftigten Drucker zu gewinnen und wartet vor dem Eintritt in den sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband. Als Grund wird angeführt, daß in dem Fabrikarbeiterverband ihre speziellen Berufsinteressen nicht in wünschenswerter Weise gewahrt werden könnten und sie würden von den Fabrikanten demzufolge als Fabrikarbeiter angesehen, behandelt und entlohnt. Der Anschlag an den Fabrikarbeiterverband bedeute ein Verstoßen der Drucker.

Dieser neugegründete Verband ist der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht angeschlossen und wird vom „Gewerkschaftsbund“ und „Fabrikarbeiterverband“ bekämpft, weshalb ein Anschluß kaum möglich sein wird.

Die von den Druckern im „Gewerkschaftsbund“ gewünschten Änderungen in der Beitragsfrage bestehen schon seit Jahren in unserem Verband und wenn es dieser neugegründeten Organisation um eine rein wirtschaftliche Interessenvertretung unter Berücksichtigung der religiösen und politischen Neutralität zu tun ist, dann sollte sie ihren Mitgliedern den Beitritt zum Graphischen Zentralverband empfehlen. Wollen die Zahlstellen und Mitglieder insbesondere Tapeten-Drucker und Arbeiter recht lebhaft in die Agitation eintreten, damit die Berufsangehörigen nicht immer mehr ins sozialdemokratische Lager, oder dieser Sonderorganisation verfallen, noch letztere schließlich doch durch Gewaltmaßnahmen im sozialdemokratischen Lager im roten Fabrikarbeiterverband landen wird.

Die Bildungsbestrebungen im sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund.

Die Berliner Filialen des sozialdemokratischen Verbandes der Lithographen und Steindruckers (Gewerkschaftsbund) haben einen besonderen Bildungsausschuß eingesetzt, der die Aufklärung und Schulung der Mitglieder systematisch zu betreiben hat. Das geschieht hauptsächlich durch wissenschaftliche Vortragsabende, deren bis jetzt nach dem Verbandsorgan „Graphische Presse“ (29.1911) sieben stattgefunden haben. Und welche Wissensfrage wird hier veranlagt? Das Programm lautet es uns. Es enthält unter anderem folgende Vorträge: „Vom Urtier zum Menschen“ (vier Abende); „Sind die Lebewesen geschaffen oder geworden?“; „Woher kommen die Menschen?“; „Mensch und Affe, Vergleich in Körperbau und Körperentwicklung“; „Die tierische Abstammung des Menschen“; „Das auch die Darwinische Entwicklungstheorie, natürliche Zuchtwahl usw. nicht fehlt, versteht sich nach dem vorher Angeführten von selbst. Warum diese religiös „neutralen“ Themen behandelt wurden, sagt die „Graphische Presse“ offen heraus:

„Wenn der Auszubildende seine Tätigkeit mit der Verantwortung dieser beiden Vertragsfolgen aus dem Gebiete der Naturwissenschaft begann, so ließ er sich dabei von der Tatsache leiten, daß in der Volksschule der am liebevollsten gepflegte Unterrichtsgegenstand die Religion ist. Die biblische Schöpfungsgeschichte hält die Gemüter gefangen, verbindet bei Ungehörigen die Durchdringung zu einer freien Weltanschauung, die Emanzipation vom blinden Glauben zu einem selbstständigen, auf den Fortschritt gerichteten Denken. Daher muß ihr die natürliche Entwicklungstheorie, dieses Resultat der ersten Forschung freier Geister, entgegengestellt werden. Das ist durch die beiden Vortragsabende geschehen.“

Es ist bezeichnend für die sozialdemokratische Zwangsorganisation der Lithographen und Steindruckers, deren Führer immer noch in christlichen Gedanken die Heuchelei im Wandel führen, ihre Organisation gestalte jedem Berufsangehörigen die Möglichkeit, ohne Verletzung der Überzeugung, (Weltanschauung) Mitglied des Verbandes zu sein. Was andere sozialdemokratische Organisationen vertritt in gleichem Sinne tun, kann der Gewerkschaftsbund vor den Augen der Welt unternehmen, denn einzelne Branchen, so insbesondere die Chemigraphen, sind ja durch das Arbeitsmonopol an den Verband gebunden. Sie sind, soweit sie als christlich Denkende oder als Nichtsozialdemokraten in Betracht kommen, selbst gegen ihren Willen an die Zwangsorganisation Gewerkschaftsbund gebunden und können sich nur durch Freigabe ihres Berufes von dieser befreien.

Nicht nur die zur Zeit im Chemigraphenberufe tätigen Gehilfen und Lehrlinge können laut Vertrag nicht tun, um die großen Neutralitätsverletzungen zu befechtigen, sondern auch alle jene, die künftig diesen Beruf wählen,

sind zum Beitritt des Gewerkschaftsbundes verpflichtet. Wir haben laut Vertrag das Recht in Händen und wir machen rücksichtslos davon Gebrauch, so treten die Rabatlagenossen im Gewerkschaftsbund denjenigen gegenüber, welche verstanden, sich zu weigern dem roten Verbande Mitgliedschaft zu leisten. Der Gewerkschaftsbund und dessen Organ, die Graphische Presse glauben sich berufen, also auch christliche Gehilfen und Lehrlinge mit solcher „Wissenshaft“ vom „blinden“ Glauben zum „selbständigen“ Denken zu „bilden“.

10 Prozent Aufschlag für alle Buchbinderarbeiten. Der Verband Deutscher Buchbindermeister und die Buchbinderinnungen von Berlin, Leipzig und Stuttgart haben Ende Juli an ihre Auftraggeber folgenden Schreiben gerichtet:

„Mit dem 1. Juli d. J. ist nach langen, mühevollen Verhandlungen mit den Arbeitnehmern ein neuer Lohnvertrag zustande gekommen, der neben einer Verkrüpfung der Arbeitszeit eine durchschnittliche Erhöhung der Arbeitslöhne um 10 Prozent und mehr mit sich bringt. Nachdem außerdem eine ganz außerordentliche Erhöhung der Materialpreise eingetreten ist und auch alle übrigen Preise eine immer steigende Tendenz aufweisen, sehen sich sämtliche dem unterzeichneten Verbände und der Buchbinderinnung angehörende Firmen gezwungen, die Preise für alle „Buchbinderarbeiten um 10 Prozent zu erhöhen.“

Die „durchschnittliche“ Erhöhung der Buchbinderlöhne um 10% ist aus dem neuen Tarif kaum herauszufinden. Gewiss einzelne Positionen sind befriedigend aufgewertet. Dagegen aber sehr viele auf dem alten Stand geblieben. — Wir wollen keineswegs den Beschluß der Arbeitgeber kritisieren, im Gegenteil, wir erkennen die Bestrebungen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage voll und ganz an, müssen aber gestehen, daß das Zugeständnis an die Gehilfen weit besser notwendig gewesen wäre.

Der Friede im Buchbinderberufe in den Berliner Druckereien ist durch Abschluß eines Tarifvertrages gültig bis zum 1. Januar 1907 erhalten worden. Die Normalarbeitszeit beträgt 53 1/2 Stunden und bei durchgehender Arbeit 52 Stunden pro Woche. Im Gegensatz zum Dreifachtarif sind Minimalwochenlöhne vereinbart. Ferner ist ein paritätischer Arbeitsnachweis eingeführt, zu dessen Unterhaltung auch die Arbeitgeber beitragen. Der Streitigkeiten entscheidet das Schiedsgericht für das Buchbinderberufe in Berlin und in der Berufung Instanz das der Buchbinder in Leipzig.

Die Stadtschlichter Arbeitslosenversicherung steht in ihrem neuen Statut vor, daß die gewerkschaftlichen Ortsgruppen in Köln bei der Kasse als Rückversicherung die Mitgliedschaft erwerben können. In diesem Falle gewährt die Kasse den Zahlstellen eine Rückvergütung auf die von ihnen gezahlte Arbeitslosenunterstützung. Vorbedingung der Mitgliedschaft und Rückvergütung aber ist, daß 1. für jedes Vereinsmitglied, welches seit einem Jahre in Köln wohnt oder arbeitet und im Hauptberufe unselbständig erwerbstätig ist, laufende Wochenbeiträge geleistet worden sind, 2. der Grund der Arbeitslosigkeit, während deren Dauer die Unterstützung gezahlt worden ist, nicht in der Person des betreffenden Vereinsmitgliedes gelegen hat und 3. die Unterstützung mindestens 1 Wk. für den Tag betragen hat. Für die ersten 6 Tage nach Anmeldung der Arbeitslosigkeit findet eine Entgeltleistung nicht statt.

Während der Dauer einer allgemeinen Ausperrung oder eines allgemeinen Ausstandes ruhen die Verpflichtungen der Kasse, auch wenn Vereinsmitglieder des betroffenen Berufes bereits vorher arbeitslos waren.

Die Zahlstellen erhalten pro Arbeitslosentag und -fall eine Entschädigung nach Entrichtung von 52 Wochenbeiträgen 0,75 Wk., 104 Wochenbeiträgen 1,00 Wk., 156 Wochenbeiträgen 1,25 Wk., 208 und mehr Wochenbeiträgen 1,50 Wk. pro Tag, höchstens aber das 60-fache dieser Sätze innerhalb 52 Wochen. Voraussetzung ist aber, daß die Arbeitslosenunterstützung, die die Verbandszahlstellen bezahlen, um wenigstens 25 Wk. pro Tag höher ist. Die Karenzzeit zum Zwecke der Rückversicherungssumme beträgt eine Woche.

Die Beiträge, die die Zahlstellen für diese Entgeltleistungen an die Arbeitslosenkasse richten, sind nicht gleichmäßig, sondern nach der Arbeitslosengefahr der betreffenden Berufs drei Stufen abgestuft. U. a. gehören die Buchbinder, Lithographen und Steindruckers in die Gefahrenklasse 1, die sonstigen poligraphischen Berufe der Gefahrenklasse 2 und die Bauarbeiter der Gefahrenklasse 3 an.

Der wöchentliche Beitrag beträgt pro Mitglied und Woche an die Gefahrenklasse I 4 Wk., in Klasse II 10 Wk. und in Klasse III 30 Wk. Für die Zahlstellen, die innerhalb 6 Wochen nach Inkrafttreten des neuen Statuts der Kasse dieser beitreten, ist der wöchentliche Beitrag für die ersten beiden Jahre um die Hälfte niedriger. Für unsere Berufs wäre somit in der ersten Zeit seitens der Zahlstelle nur ein Wochenbeitrag von 2 Wk. zu entrichten.

Zur Durchführung der Versicherung sind die Zahlstellen genötigt, besonders Buch zu führen über Beitragsleistung und Mitgliedschaft derjenigen Kollegen, für die die Rückversicherung bewirkt wird. Es kommen ja nur die in Köln mindestens ein Jahr ansässigen Mitglieder in Frage und scheiden für die Rückversicherung diejenigen Kollegen aus, die arbeitslos werden, nachdem sie erst kürzere Zeit in Köln tätig waren. Für die Mitglieder unseres Verbandes in Köln bringt im Falle der Annahme durch die Zahlstelle diese Neuerung eine bedeutende Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. So z. B. erhält ein Mitglied der II Klasse mit 80 Wk. Verbandsbeitrag nach einjähriger Mitgliedschaft und 52 Beiträgen pro Tag 1 Wk. aus der Hauptkasse und 75 Wk. aus der Arbeitslosenkasse. Das arbeitslose Mitglied würde jedoch pro Woche statt 6 Wk. 10,50 Wk. also 4,50 Wk. mehr erhalten. Nach zweijähriger Mitgliedschaft in Köln 15 Wk. und nach dreijähriger 18,50 Wk. und nach vierjähriger Mitgliedschaft 19,50 Wk. würden beide Klassen zusammen an

das arbeitslose Mitglied pro Woche zahlen. Die Tatsache, daß unser Verband in Köln im allgemeinen mit sehr günstigen Arbeitslosenverhältnissen zu rechnen hat, erweckt ja leicht den Anschein, daß durch den Anschluß der Zahlstelle an die städtische Arbeitslosenliste wohl kaum finanziell viel gewonnen wird. Ob das heutige Verhältnis ein dauernd gleiches bleibt, ist schwer zu behaupten. Auf jeden Fall ist die von der Stadt Köln geschaffene Einrichtung hochzuschätzen und es dürfte Unrecht sein, die gebotenen Vorteile auszunutzen. Da aber die der Vorkasse verbleibenden Mittel kaum ausreichen, um der Beitragspflicht gegenüber der Stadt gerecht zu werden, so wird mit der Einführung der Versicherung für die Mitglieder der Kölner Zahlstelle unbedingt eine geringe Erhöhung des Lokalbeitrages verknüpft werden müssen.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 31. Wochenbeitrag pro 1911 fällig.

Wir ersuchen dringend die den Zahlstellen zugehörigen **Bezugsstellen** für das Kaiserlich Statistische Amt, soweit sie noch nicht pro Juli an uns eingekandt, sofort ausgefüllt der Post übergeben zu wollen. Als Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen gilt der 29. Juli.

Der Zentralvorstand J. A.: Hornbach.

Bei der Zentralkasse gingen Abrechnungen und Gelder für das II. Quartal bis 31. Juli ein: Kaufbeuren, Regensburg, Schlich, Heilbrunn, Gagen, Adln, Hamburg, Düsseldorf, Freiburg, Frankfurt a. M., Neuz, Würzburg, Düren, Gütersloh, Cönnungthal, Nürnberg und Dülmen.

Peter Huppert,
Zentralkassierer.

Aus den Zahlstellen.

Freiburg. Ein recht sonderbares Mittel gebraucht die Zahlstelle des roten Buchbinderverbandes in Freiburg, um eine Erhöhung ihrer Mitgliederzahl herbeizuführen. In einem Betriebe der Breisgauerpole, in welchem die rote und christliche Organisation gleich stark vertreten ist, versucht man durch alle möglichen Mitteln die Christlichen vom ihrem Verbands übertrügung zu machen, um sie dem „allmächtigen“ roten Verbands zuzuführen.

Wie es scheint, konnten die Genossen mit ihrem Maulheldentum in agitatorischer Hinsicht nichts ausrichten. Ihre Führerlosigkeit seit 2 Jahren, ist zur chronischen Mißwirtschaft ausgewachsen und diese fündigen Verluste haben ein Mittel erschossen und durchzuführen versucht, das einzig in der Geschichte der Arbeiterbewegung dastehen dürfte. Die Christlichen sollen mit Alkohol bestäubt, und auf diese Weise in den roten Verband geschmuggelt werden. Den jüngeren christlich organisierten Kollegen wird beim Übertritt 1 Liter Wein angetragen. Dagegen die älteren, welche in ihrer Gesinnung schon gefestigter sind und demzufolge nicht so leicht beschwungen werden können, erhalten 3 Liter Wein beim Übertritt verprochen. War man doch froh genug, letzteres Angebot einem Vorarbeiter, welcher seit Gründung der Zahlstelle als Vorstandsmitglied fungiert, anzutragen. Nachdem die Beitragsleistung im Durchschnitt im sog. Buchbinderverband eine höhere, im Gegensatz zu unserem Verbands ist, so ist man bereit, den Freiburger von 15 Pfg. pro Woche auszugleichen. Welcher Fonds den Genossen hierzu zur Verfügung steht, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis. Wenn aber selbst solche Mittel noch nicht stehen, dann macht der billige Tabak von Stettin mit Wasser so.

So handeln Genossen, die bei sozialdemokratischen Reklameveranstaltungen auch zum Schein den Kampf gegen Alkohol aufnehmen und andere zum mitaufsteigen veranlassen. Es muß doch recht trostlos um die Werbekraft des sonst so hochgehenden Buchbinderverbandes an hiesigen Plätzen bestellt sein. Mit solchen Waffen, welche weder schon noch ethisch sind, ist hier sicher kaum etwas auszurichten. Unsere Kollegenschaft kennt das Maulheldentum der Genossen mit ihren Schreien ein großes und wenn ihr neues Werbemittel schließlich bei einem ausgetretenen Verleger verdingt, so sind wir weiter nicht ausgereizt, welches Weinquantum aufgewendet werden mußte. Die christlich organisierten Kollegen besitzen soviel Ehrgefühl und Korpsgeist, daß sich schädliche Mittel nicht ausbreiten, um sich einer Organisation anzuschließen, die vollständig gegen ihre Ueberzeugung spricht.

Wenn jene, die den Mund so voll nehmen, aber trotzdem nur mit Brutalität und dem neuen Hilfsmittel Alkohol ihre Reihen zu verstärken können glauben, dann lassen wir diesen zu: treter uns offen und frei im geistigen Kampfe gegenüber und zählt „jenseitige“ auf, die ihr ertungen hat, als ihr betlich als einzige Berufsorganisation in Betracht kamt. Doch man ist hierzu nicht in der Lage und fürchtet die Antwort von unserer Seite. Wie es scheint, ist 3. Jt. die Innerlichkeit gegenüber andersgesinnten Kämpfern und nur derjenige dient als „Führer“, welcher den Mund vor blindem Haß gegen uns nicht schließen kann, aber trotzdem keine Erfolge erzielt, sondern nur das Gegenteil von dem was er sich verspricht.

Wir glauben kaum annehmen zu können, daß jene ältere Kollegen des „freien“ Verbandes, welche der letzten Zeitbewegung ein gutes Entgegennehmen mit uns zu unterhalten pflegten, mit dem Treiben der radikalen jugendlichen Schreier emporstanden sind.

Werten b. Dürren. Infolge einer gegen die Organisation gerichteten oder wenigstens so aufzufassenden Maßnahme in dem hiesigen Hauptbetriebe der Pergament- und Pergamentpapierfabrik von Gebr. Schwegl, wo man einen Maschinenführer getötigt und einen anderen ebenfalls nach Ausschaltung der Arbeiterkraft zu Unrecht mit 6 W. bestrafte hatte, machte sich dort in den letzten Wochen eine ziemlich Erregung bemerkbar. Die Firma, die ein Zweiggeschäft in Drohi am Rh. besitzt, sowie

hier noch eine getrennt verwaltete Couvertfabrik, beschäftigt in dem Hauptbetriebe 138 männliche und 37 weibliche Personen. Von letzteren hatten sich seit Januar ein größerer Prozentsatz unserem Verbands angeschlossen.

Wird die beiden betreffenden Kollegen organisiert und zwar als die ersten hier am Orte, mußte die Organisation trotz ihrer Jugend, schon um ihres Ansehens willen, hier etwas zum Schutze der Arbeiterkraft unternehmen.

Eine Rücksprache mit unserer Verbandsleitung bestätigte unsere Ansicht, jedoch mußte über die eventl. zu unternehmenden Schritte zuerst volle Einmütigkeit herrschen und andererseits mußte der Versuch gemacht werden, eine wesentliche Stärkung unserer Reihen in genanntem Betriebe herbeizuführen. Beide Bedingungen sind über Erwarten schnell erfüllt worden, gelang es doch durch eine unermüdete Agitation, verbunden mit einer hart besuchten Betriebsversammlung, die Zahl der Verbandsmitglieder mehr als zu verdoppeln.

In dieser am 23. Juli stattgefundenen Versammlung gab zunächst Bezirksleiter Kollege Meisenberg ohne alle Schärfe ein Bild des vorliegenden Streitfalles. Verbandsleiter Hornbach und der aus Gladbach herübergekommene Kollege Müller-München, forderten beide in beredeten Worten zum Anschluß an unsern Verband auf, gleichzeitig den Wert des Zusammenschlusses klarlegend. Diese Veranstaltung brachte unserer Organisation einen starken Zuwachs, hierunter allein 30 Arbeiterinnen. Betreffs der zu treffenden Maßnahmen war man einstimmig der Meinung, daß unsererseits alles versucht werden müsse, um die Firma zur Rücknahme der verhängten Delikte zu bewegen.

Zentralvorsitzender Hornbach und Gewerkschaftssekretär Koch-Düren, haben daraufhin mit der Firma Verhandlungen angebahnt, die, wenn man bedenkt, wie schwer es oft hat, überhaupt Anerkennung zu finden, für die Arbeiterkraft alles erhoffen lassen.

Die Firma hat sofort den Verband als Vertreterin der Arbeiterkraft anerkannt, wie auch einen noch zu wählenden Fabrikabschluss. Weiter hat sie auf die gemachten Vorkstellungen hin, eine bessere Bezahlung gewisser Sonntagsarbeit angeordnet. Der Betrag der vom Verdienst abgehaltnen Steuern unserm Verbandsvertreter Hornbach zur Rückerstattung, ausgeschrieben.

Betreffs Rücknahme der Kündigung wollte die Firma vorerst nicht nachgeben, indem sie ständig die mangelhafte Arbeit des Kollegen in den Vordergrund schob. Jedoch kann dies der wahre Grund der Kündigung nicht sein, denn wenn wir den heutigen Angaben des Betriebsinhabers dessen eigne im Febr. geäußerten Versicherungen entgegenhalten, wo er gerade die neuen Maschinenführer als „seinen besten hinterließ, so ergibt sich ein Widerspruch, der unbedingt auf eine andere Ursache weist. Unschonend will der Arbeitgebende Verhalten wahren, daher auch wohl sein ablehnendes Verhalten sein Suchen nach Gründen. Was mehr als 3-stündigem Verhandeln hat er dann zugestanden, daß der Kollege vorläufig nach Ablauf der Kündigung noch 4 Wochen bleiben kann, jedoch dürfte hierüber das letzte Wort zwischen Arbeitgeber und der Organisation noch nicht gesprochen sein, da die Kollegenschaft hierzu noch Stellung nehmen wird.

Werten, 30. Juli. In per heutigen Versammlung der Kollegenschaft galt es den Bericht über die mit der Firma gepflogenen Verhandlungen entgegen zu nehmen, sowie über die weitere von uns zu unternehmenden Schritte zu beraten.

Kollege Hornbach erstattete zunächst einen ausführlichen Bericht über die mit der Firma gehabte dreistündige Aussprache, über deren Ergebnis der vorhergehende Bericht schon Aufklärung gibt. Hervorgehoben muß nur noch werden, daß der Betriebsinhaber wie er vorgab, der Organisation freundlich gegenübersteht, weil er sich von einer organisierten Arbeiterkraft mehr verspricht.

Nach allem Für und Wieder war die Versammlung unter Anerkennung des Erreichten darin einig, daß das Vorgehen der Verbandsleitung zu billigen sei jedoch, soll diese eventl. unter Zuziehung des Fabrikabschlusses in kürzester Frist nochmals vortellig werden, um auch betreffs des Kollegen Koch zu einem günstigeren Ergebnis zu gelangen. Gewerkschaftssekretär Koch-Düren ergänzte Hornbachs Ausführungen noch in einzelnen Punkten. Er riet jedoch mit Rücksicht auf das Erreichte und die Jugend der Organisation von einem allzuhaften Vorgehen ab und empfahl ruhige und sachliche Weiterarbeit und vor allen Dingen ein neues Zusammenhalten, da werde die gut angelegte Bewegung in nicht allzuferner Zeit schon ihre Früchte tragen.

Beide Referenten ertmeten lebhaften Beifall. Die jetzt vorgenommene Wahl eines Vertriebsausschusses fand den Vorstößen entsprechend ihre Erledigung. Gewählt wurden ohne Widerspruch die Kollegen Jos. Rutsch, Konr. Ederer, Jos. Maßen, Wilh. Schuhmacher und Heinz Hoffmann. Letzterer soll auch die Arbeiterinnen vertreten. Die Versammlung nahm auf Vorschlag des Leiters auch Stellung zu der von der Zahlstelle Adln angeregten Goutonferenz und beschloß die Beschickung derselben durch 2 Delegierte. Schlich wird durch den Vorsitzenden der Zahlstelle, Kollegen Jos. Meisenberg-Werten, durch den Kollegen Peter Meisenberg vertreten sein. Ort und Zeit wird noch bestimmt, jedoch ist uns der 3. Sept. nicht erwünscht. Laut Mitteilung der örtlichen Leitung ist die Mitgliederzahl der Zahlstelle in erfreulicher Weise gestiegen und weist heute 247 Namen auf, hierunter 53 Kolleginnen. Mit einem Appell zum treuen Zusammenhalten und einem Hoch auf unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung fand die Veranstaltung, die von gut 150 Personen besucht war, ihren Abschluß.

Schlich. Hier hat Sonntag, den 23. Juli eine gutbesuchte Zahlstellerversammlung stattgefunden, wozu auch unser Zentralvorsitzender Kollege Hornbach, sowie der als zweiter Beamter unseres Verbandes in Aussicht genommene Kollege Müller-München erschienen waren. Kollege Hornbach referierte über die wirtschaftliche Entwicklung Preußen-Deutschlands in den letzten 70 Jahren und zeigte

an Hand von Belegen den allmählichen Uebergang unseres Vaterlandes vom Agrarstaate zum Industriestaate. Ganz besonders scharf tritt dieser Wechsel durch das Millionenheer der Lohnarbeiterschaft hervor, die durch ihre Masse sich ihrer Kraft bemußt geworden sind und mehr und mehr um Anerkennung, als Stand ringen. Auch die Gewerkschaften sind Kinder dieser Entwicklung und insbesondere für christlich gesinnte Arbeiter können nur die christlichen Gewerkschaften in Betracht kommen, weil nur sie allein tolerant gegen Andersdenkende sind. Der Redner gefestigte hier besonders scharf den Terrorismus, wie ihn die „freien“ richtiger sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen uns Christl. und zwar ganz besonders in den Großstädten ausüben und schloß mit der Mahnung, mehr als bisher für die Christl. Ideen zu wirken. Kollege Müller behandelte das Thema: Die Frau und die Gewerkschaft mit der Schlussfolgerung, daß es für unsere erwerbstätigen Frauen und Mädchen mehr denn je am Plage wäre, sich gewerkschaftlich zu betätigen.

Freudigen Beifall löste die Mitteilung des Bezirksleiters von dem Wachsen unserer Bewegung in Werken aus, womit wie Kollege Meisenberg-Merode betonte, unsere Zahlstelle in Bezug auf Zahl an die erste Stelle rückt.

Waldfisch. Einen schönen Sonntag haben wir mit unseren Freiburger Kollegen erlebt. Die Zahlstelle machte einen herrlichen Ausflug auf den Rabel, welcher vom prächtigsten Wetter begünstigt war. Obwohl der Marsch für manchen sehr anstrengend war, so war doch bald die beste Stimmung in Waldfisch. Kollege Dirk beglückte die zahlreich erschienenen Kollegen mit ihren Familienangehörigen auf herzlichste und gab gleich einen Rückblick auf die verflochtenen sechs Jahre seit Verlebens der Zahlstelle. Schöne Erfolge haben wir erzielt im Laufe der Zeit und wir hoffen, daß der gute Geist der die Kollegen befeht, auch ferner anhängt zum Segen und Nutzen der Gesamtheit. Kollege Heer gab ebenfalls seine Freude zum Ausdruck für den kollegialen Sinn, welchen die Freiburger diesesmal an den Tag gelegt haben, weil so viele die Veranstaltung mitgemacht haben und gab den Ansporn, recht fleißig die Versammlungen zu besuchen. Seine formvollendete Rede, welcher alle Kollegen mit Begeisterung gefolgt waren, schloß mit einem Hoch auf den Verband. Nachdem der erste Teil der Arbeit beendet war, wurde zur Unterhaltung gesritten. Ein Theaterstückchen von unserem Kollegen Bug und Frau Dirk gefiel außerordentlich, sowie die Vorträge unserer Kollegen Rieth hielt die Versammlung in bester Stimmung. Nur zu rasch verfloßen die Stunden. Mit freudigem Behwoh! verließ man das gastliche Waldfisch mit dem Wunsch, auf Wiedersehen in Freiburg.

Versammlungskalender.

- Versammlungen finden statt:
- Augsburg. Jeden 2. Samstag, im Monat im Redaktionslokal der christl. Gewerkschaften.
 - Berlin. Mittwoch, den 6. Aug., abends 8^{1/2} Uhr, bei Peufert Köpenickerstr. 62.
 - Donaueschingen. Jeden 1. Samstag im Monat im Vereinslokal Karl Köhner, Schafes Ed.
 - Düsseldorf. Samstag, den 5. Aug. im Paulushaus.
 - Essen. Dienstag, den 9. Aug., abends 8^{1/2} Uhr Mitgliederversammlung im Verbandslokal Altriedenhau, Frohnhauserstr.
 - Gagen. Samstag, den 19. Aug., 8^{1/2} Uhr bei W. Eichhoff, Körnerstr.
 - Köln. Samstag, den 5. Aug. im Dreier. Vortrag über die städtische Arbeitslosenversicherung. Wie erschienen.
 - München. Samstag, den 12. Aug. im Wiesmayer Garten, Schillerstr. 16. Volljähriges Erscheinen erwünscht.
 - Münster. Samstag, den 5. Aug. bei Stegmann, Clemensstr. Volljähriges Erscheinen Ehrenpflicht.
 - N.-Gladbach. Jeden ersten Samstag im Monat im Lokale v. d. Wülbede abends 8^{1/2} Uhr.
 - Paderborn. Den 2. Montag im Monat, abends 8^{1/2} Uhr, im Piushaus (Wallerlunke 1).
 - Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakobineigasse.
 - Stuttgart. Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung, abends 8 Uhr, im Lokale zum „Wälmischen König“ Holzstraße 3, 1. Treppe.
 - Würzburg. Am Dienstag, den 8. Aug.

Nachruf!
Am 20. Juli starb im Alter von 88 Jahren unser lieber Kollege
Ferdinand Rigenhoff.
Wir werden denselben stets in Treue gedenken.
Ruhe in Frieden!
Zahlsche Paderborn.

Nachruf!
Am Freitag, den 21. Juni, starb plötzlich unser werter Kollege
Karl Becker, in Hanau a. M.
Wir verlieren in demselben ein eifriges Mitglied und werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Er ruhe in Frieden!
Die Vertrauensmannschaft Jan. Zahlsche Frankfurt a. M.

Verantwortlich: A. Hornbach-Köln, Palmstraße 14.
Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Klarstr. 9.